



## Antrag

der Abgeordneten **Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Johanna Werner-Muggendorfer, Dr. Christoph Rabenstein, Diana Stachowitz, Margit Wild SPD**

**Konsequenzen aus der Anhörung „Weiterentwicklung der bayerischen Asylpolitik“ ziehen IV  
Ausbildungsaufnahme für Asylsuchende erleichtern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Ausländerbehörden anzuweisen, die bürokratischen Hürden für die Aufnahme einer betrieblichen Ausbildung für Asylbewerber und Asylbewerberinnen zu minimieren, damit dieser Personengruppe der Zugang zu beruflicher Bildung erleichtert wird.

### **Begründung:**

Viele Asylbewerber und Asylbewerberinnen wünschen sich gesellschaftliche Teilhabe und Anerkennung. Ganz im Sinn einer Willkommenskultur darf die Förderung und Unterstützung von Asylbewerbern und Asylbewerberinnen nicht bei schulischer und sprachlicher Bildung Halt machen. Stattdessen soll der Zugang auch zu beruflicher Bildung erleichtert werden.

Analog zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit dürfen Asylsuchende nach einer neunmonatigen Frist eine betriebliche Ausbildung beginnen – allerdings nur nach vorheriger Genehmigung durch die Ausländerbehörde, die sich mit der Bundesagentur für Arbeit abstimmen muss. Erfahrungswerte zeigen leider, dass ausbildungswillige Asylsuchende eine Vielzahl bürokratischer Hürden überwinden müssen, bevor sie – wenn überhaupt – die Ausbildung bei einem Betrieb aufnehmen können. Dieser Zustand ist – nicht nur aus Sicht der Betroffenen – unhaltbar. Auch die bayerische Wirtschaft besitzt ein Interesse an motivierten und qualifizierten Auszubildenden.